

Angewandte... werden d. 6. Sept. 14 mm Br. Millimeterbreite oder deren Raum mit 20 Pf. bezogen u. in unseren Pannschneidern u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Bestellen Sie 2 mm Br. Millimeterbreite 60 Pf. Anzeigen Pannschneidern vorm. 11 Uhr, für die Sonntags- u. abds. 6 Uhr. Abstellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erschließungsort: Halle. Erscheint 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftl. u. Haupt-Verkaufsstelle: Halle, Neue Dromadenstr. 14, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Verkaufsstelle: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Zeitung

Dreilundfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreise

ist halbe monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark auswärts. Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Beilagen werden von allen Bezugsstellen entnommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Code-Zeitung eingetragen. Für unregelmäßig eingetragene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rückdruck nur mit der Quellenangabe „Code-Zeitung“ gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abt. Nr. 133, Postfach-Station Leipzig Nr. 4609.

Nr. 460.

Halle, Mittwoch, den 1. Oktober.

1919.

Bessere Ernährung, teureres Brot.

Berlin, 1. Oktober. (Eig. Drahtnachricht.) Im Laufe dieses Monats werden Verbesserungen unserer Ernährung eintreten, zugleich aber auch infolge der geringeren Ausnutzung des Getreides eine Erhöhung des Brotpreises. Jedoch wird diese Erhöhung nicht alle die Kosten decken, sondern bleibt eine Differenz übrig. Diese, sowie überhaupt die Mehrkosten des Lebensmittelpreises für das halbjährige Oktober 1919 bis April 2020 werden auf ungefähr 1/2 Milliarde den Mark geschätzt. Wie wir erfahren, werden diese gesamten Ausgaben ausschließlich vom Reiche übernommen, um Auseinandersetzungen zwischen den Ländern, den Gemeinden und dem Reiche zu vermeiden.

Der Kampf um die Umbildung der Regierung.

Berlin, 1. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Die Verhandlungen über den Eintritt der Demokraten in die Regierung werden im Laufe des heutigen Tages weitergeführt werden, doch ist eine formelle Entscheidung erst morgen nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten Bauer aus Breslau zu erwarten. Im Laufe des gestrigen Tages haben sich die Demokraten und die bisherigen Regierungsparteien endlich so weit geeinigt, daß in gut unterrichteten Kreisen mit einem positiven Ergebnis der Verhandlungen gerechnet wird. Die sachlichen Beratungen sind bereits so weit vorgeschritten, daß auch schon die Frage erörtert werden konnte, welche Ministerien von den Demokraten besetzt werden sollen. Hier bestehen noch einige Schwierigkeiten, die man aber heute oder morgen zu beseitigen können glaubt. Die von verschiedenen Blättern verbreitete Nachricht, daß die Demokraten gegen das Verbleiben des Reichsfinanzministers Erzberger im Kabinett Widerstand erheben, entspricht nicht den Tatsachen. Ein Ausscheiden Erzbergers aus dem Kabinett kommt nicht in Frage. Es handelt sich lediglich darum, daß den Demokraten unter Umständen die bisher von Erzberger innegehabte allgemeine Stellvertretung des Reichsausschusses zufallen wird. Mit dieser Stellvertretung ist Erzberger zufrieden. Wie die „Neue Berliner Zeitung“ meldet, ist es jedoch höchst zweifelhaft geworden, ob die Deutschdemokraten in der nächsten Zeit in die Regierung eintreten werden. Etwa die Hälfte der deutschdemokratischen Fraktion ist dagegen und ungefähr die Hälfte dafür, aber auch diese nur unter gewissen Bedingungen.

Die Frankfurter Einfuhrzölle.

Frankfurt a. M., 1. Okt. Der große Völkeraal der Frankfurter Börse war gestern Abend der Eröffnung der ersten Frankfurter Internationalen Einfuhrzölle. Zu Tausenden füllte die Börse den am gewöhnlichen Raum und die Galerie, um ihre Teilnahme an dem gewöhnlichen Werk lebendigen Ausdruck zu verleihen. Der Vorsitzende der Börse, Herr Dr. Schöner, hat die Eröffnung der Handelsverträge der Stadt Frankfurt lehrte, daß kaufmännische Ehrlichkeit und Großmütigkeit gerade in solchen Zeiten hier am meisten gemeinlich. Trotz großer Schwierigkeiten, die dem Unternehmen selbst bereitet wurden, seien alle Erwartungen weit übertrafen worden. 3000 Besucher hätten an dem Festtage an Frankfurt und weil dem Schritt hierher. Auswärtige freude er sich, eine große Anzahl Ausländer hier begrüßen zu können. Wenn er die äußere Freude herbeiführt sein werde, unter dem das deutsche Volk atmen, leben und arbeiten könne. Dann werde der innere Reichtum nicht lange auf sich warten lassen. Deutschland werde sich wieder, wenn auch in höherem Maße als früher, als dienendes Glied in die Weltwirtschaft einfügen können. Kommerzienrat Häfner hielt die Eröffnungsrede namens der Handelskammer mit. Die hiesige Geschäftswelt habe das große Vertrauen, daß, was die politische Welt hinaus hat, das immer auch auch, deutsche Reich, deutsche Antizipation, und deutsche Zukunft wieder einmal ihren Weg in der Welt finden werden. Den Inhalt könne aus dem Bericht des Redner nicht auszuschöpfen werden. Die Festrede hielt Professor Oppenheimer von der Universität Frankfurt.

Die Verhandlungen mit Rußland.

Amsterdam, 1. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Das Pressebureau „Radio“ meldet aus Moskau, daß in Washington amtliche Meldungen eingetroffen sind, nach denen die russische Sowjetregierung bereit wäre, Friedensverhandlungen unter folgenden Bedingungen einzuleiten: Abandern der Sowjetregierung, Einstellung der Hinrichtungen, Abschaffung des Terrors und Erteilung des freien Geistes für 12 bolschewistische Führer, darunter Lenin, Trotzki und Sinowjew, die sich nach Südamerika begeben wollen. Dieser Vorschlag der Bolschewisten soll den französischen und amerikanischen Diplomaten in einem neutralen Lande übermittelt werden. Man glaubt, daß Wilson eine neue Regierung nicht vor dem Zusammentritt einer verfassunggebenden Nationalversammlung in Rußland anerkennen werde.

Für den Sturz Clemenceaus.

Genf, 1. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Dem Ministerium Clemenceau droht, wenn man der „Liberal“ glauben darf, eine neue Gefahr. Ueber die Notwendigkeit der Ratifizierung des Friedensvertrages ist man jetzt allgemein einig. Aber man will, wie das Blatt schreibt, sobald möglich durch eine Unterpektion

über die allgemeine Politik der Regierung den Sturz Clemenceaus und die Bildung eines Ministeriums der großen republikanischen Konzentration herbeiführen. Man nennt von Bourgeois als einen Ministerpräsidenten, der durchaus imstande wäre, eine Reihe von Verantwortlichkeiten verschiedener Richtung, wie Barillon, Viviani, Briand und Doumergue usw. an sich zu vereinigen, natürlich unter Teilnahme der unglücklichen Sozialisten, ohne, wie die „Liberal“ schreibt, die Vertreter des Galloux-Ministeriums, noch französische Boniken zu verpassen. Auch in den Verhandlungen der Kammer ist viel von dem bevorstehenden Rücktritt Clemenceaus die Rede, doch erfährt man freilich, daß Clemenceau alsbald nach dem Wahlen freiwillig zurücktreten wolle. Das hat man auch schon früher erzählt, aber man sagt jetzt kläglich, daß Clemenceau, wie es ein Walde-Mousson ist, selbst seinen Nachfolger der Kammer bezeichnen wolle, und zwar daß es Viviani sei. Nach seinem Rücktritt wolle dann Clemenceau, wie schon kürzlich gemeldet, mit Marschall Foch eine Reise nach den Vereinigten Staaten unternehmen.

Der Kampf der Unabhängigen gegen den Religions-Unterricht.

Berlin, 1. Oktober. (Eig. Drahtnachricht.) Unter jenem Namen wurde in der gestern außerordentlichen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung der Religionsunterricht in den Schulen so gut wie aufgehoben und zwar durch Annahme eines unabhängigen sozialistischen Antrages. Dr. Weil und Genossen: „den Magistrat zu eruchen, dafür Sorge zu tragen, daß die Schulpflichter auf schriftlichen Antrag der Erziehungsberechtigten ohne Weiteres vom Religionsunterricht befreit werden und daß durch die Lehrer keinerlei Verhinderung der Eltern und Kinder verurteilt wird.“ In der Debatte plägierten natürlich die Gegenseite sehr aufeinander. Die tatsächlichen Ausführungen des Stadtverordneten Dr. Hoffmann an den entscheidenden Stellen sind die folgenden: In deren Namen vor allem die Stadtverordneten Lehrer Koch und Dr. Kammerich in der sachlichen Weise gegen die agitatorische Art der unabhängigen sozialistischen Partei protestieren. Der Kampf erreichte seinen Höhepunkt, als Dr. Kammerich den Sozialdemokraten Größenwahn vorwarf und erklärte, daß das Zentrum den Kampf aufzunehmen und mit der größten Rücksichtlosigkeit durchzuführen werde, um den Kindern die Religion zu erhalten.

300 000 Bergarbeiter in Süd-Wales erwerbslos.

Amsterdam, 30. Sept. Der „Telegraaf“ meldet aus London, daß in Süd-Wales 300 000 und in Rhonda 10 000 Bergarbeiter erwerbslos sind. Der Generalsekretär des Maschinen- und Heizerverbandes erklärte, er rechne mit einer Streikdauer von sechs Wochen. Die gesamte Textilindustrie in Lancashire ist infolge des Eisenbahnstreiks ernstlich bedroht. In Leeds haben zwei große Stahlfabriken schließen müssen. Der Führer der Bergarbeiter hat erklärt, daß in zwei bis drei Tagen infolge des Eisenbahnstreiks 90 Prozent der Bergarbeiter in den Streik getrieben werden würden. Die englische Seemannschaft in Kopenhagen hat in einer Note dem dänischen Ministerium des Meeres mitgeteilt, daß es der englischen Regierung infolge des plötzlichen ausbrechenden Eisenbahnstreiks in England unmöglich sei, Schiffe mit Kohlenladung oder Passagiere zu versehen.

Aussperrung im allergrößten Maße.

Rotterdam, 30. Sept. In England, Schottland und Wales steht der Eisenbahnverkehr größtenteils still, nur in Irland nicht. Doch wurden aber auch schon dort Streikausfälle gebildet. Der Eisenbahnsektretär erklärte, daß seine Leute bereit seien zu kämpfen, sobald Thomas das Signal 40 gebe. In London traf die Nachricht ein, daß die Kohlenwagen im Lande die Arbeit einstellen müssen, wenn der Streik auch nur wenige Tage andauert. Ebenso werden die Fabriken den Betrieb illegalen müssen. Großindustrie erklären, daß auch die Fabriken nicht fortgesetzt werden können. Man mußte einen Stillstand der Fabriken in acht Tagen erwarten. Mehrere industrielle Betriebe in Wolverhampton liegen bereits still. Eine Wasserleitung im allergrößten Maße ist besetzt. Die von der Regierung getroffenen Maßnahmen sind die gleichen, als ob der Feind ins Land eingedrungen wäre.

„Mit Volschewieren verhandelt England niemals.“

Rotterdam, 30. Sept. Die „Morning Post“ und „Times“ benennen die Meldung englischer Arbeiterblätter, daß die Allierten den Versuch auf Maßnahmen gegen den Terror in Rußland beschließen hätten. Die „Morning Post“ hat Balfour gefragt, der erklärte, er wisse nichts von einer Einstellung der Maßnahmen gegen Rußland. Mit Volschewieren verhandelt England niemals. Einer Verfasser Meldung zufolge beschäftigte sich der Oberste Rat mit der Frage der Ernennung Rußlands. Er ist der Ansicht, daß die Lockade des bolschewistischen Rußlands aufrechterhalten werden muß, und daß die Maßnahmen, um eine Verjüngung dieses Staates mit Lebensmitteln zu verhindern, beibehalten werden müssen.

Innere Kolonisation in Vorpommern.

Von Georg Wehlein.

Mitteilung der Nationalversammlung.

Seit 18 Jahren habe ich für die innere Kolonisation in Vorpommern mit Wort und Schrift in- und außerhalb des Parlaments gekämpft. Liegen doch kaum irgendwo die Besitzverhältnisse so ungünstig wie hier. Während der Schwedenherrschaft ließ man dort die Stände frank und frei wirtschaften, hinderte sie kein weltförmiges Recht daran, die Bauern zu legen, die ihnen ohne Entschädigung Haus und Hof wegzunehmen sie und ihre Familien in die Grundbesitzer zu sperren. Vergeblich eroberte Ernst Moritz Arndt, selbst ein rigider Bauerhofsbesitzer, damals Professor an der Greifswalder Akademie, flammenden Protest dagegen. Die Stände beantragten keine Ablesung und Landesvermehrung. Seit 1815 hingegen hat das altpreussische System so verlagert wie hier. Schließend stellte es sich vor den Großgrundbesitz, suchte die Domänen im Staatsbesitz zu erhalten, statt sie aufzuteilen. Erst mit dem Deutschen Reich wurde es etwas besser; aber noch immer sind mehr als 70 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche in den Händen der großen Güter. Kaum irgendwo ist der Landbesitzer so gewaltig, kaum irgendwo ist er durch die Domänenverwaltung so verhöhnt worden.

Zu den allergrößten Grundbesitzern Vorpommerns gehört die Universität (Akademie) Greifswald. Und gerade sie hat sich im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts des Bauernlebens am schlimmsten schuldig gemacht. Aber auch im 19. und 20. Jahrhundert hat sie immer weiter bäuerliche Besitztümer zu Großgütern zusammengelegt. Als Kuratoren bestellte der preussische Kultusminister stets wackere Konservative, die alle landwirtschaftlichen Verhältnisse durch die agrarische Brille ansahen, denen jedes Verdikt für den Landbesitzer der Bevölkerung abging. Universitätskurator und Domänenverwaltung arbeiteten im gleichen Sinn für die Verpachtung der Güter als landwirtschaftliche Großbetriebe, auch wenn der Verpächter dabei ein mordschlechtes Geschäft machte.

Eine neue Zeit ist angebrochen: Die Nationalversammlung, die Preussische Landesversammlung haben die Kleinbesiedlung — das alte forstwirtschaftliche Agrarprogramm — auf ihre Fahne geschrieben. Ihre Durchführung wird durch die Schwierigkeiten, welche Kohlen- und Transportnot aller Vantätigkeit bereiten, bedauerlicherweise arg verzögert. Aber dort, wo die alten Bauernhofgebäude noch bestehen, wo Kleinbesitzer mit ungenügender Landausstattung neben den großen Gütern — wohnen, die weder Wohngebäude noch Stallung und Scheune zu bauen brauchen, da sollte man doch energisch daran gehen, den Landbesitzer zu befreien. Das um so mehr, als es dem Staat nichts kostet, er vielmehr ein gutes Geschäft dabei macht.

In den letzten Jahrzehnten sind von Greifswalder akademischen Gütern allein in unmittelbarer Nähe der Stadt u. a. folgende Bauernhöfe von meist 400 Magdeburger Morgen zu Großgütern zusammengelegt bzw. solchen zugelegt worden. Bei Derschow, Rantow und Hinrichshagen sind je 2 in einem zusammengelegt. Friedrichsfelde wurde mit Hohmannsdorf, Neienndorf und Fußberg vereinigt. In Alt-Ugnade wurden drei Bauernhöfe von je 400 Morgen dem letzten zugelegt. In Kemnitzerhagen wurden 4 Bauernhöfe von 400 bis 500 Morgen dem Gut zugehängen. Dazu bei allen diesen zusammengelegten Höfen bestehen noch die alten Wohn- und Wirtschaftsgebäude; nur bei einem ist das Wohnhaus abgebrannt und nicht wieder aufgebaut. Es steht also nichts im Wege, sie alsbald wieder als selbständige Bauernhöfe zu verpachten. In den Dörfern Derschow, Rantow, Hinrichshagen, Neu-Ugnade, Pottshagen und Kemnitz gibt es eine große Zahl kleiner Stellenbesitzer, die, weil sie zu wenig Land haben, nicht auf einen grünen Zweig kommen können. Sie möchten aufaufen oder zapfen, um mehr Vieh halten, um das vorhandene besser füttern zu können.

Im Fall Derschow hat der Universitätskurator die Kaufpflichten an die Stieblungsgefellenschaft gemietet, die von ihnen aber für den Morgen fallen, sandigen Aders 600 Mark verlangt, während die Universität von den als Großgrundbesitz verpachteten Gütern eine Pacht erhält, die einschließlich aller Wirtschafts- und Wohngebäude nur einem Grundwert von 200 Mark pro Morgen entspricht. Dabei hat die Verpächterin noch große bauliche Verpflichtungen.

Es mag ohne weiteres zugegeben werden, daß die Pachtrente der akademischen Großgüter durchgängig zu niedrig ist. Werden sie doch bis in die neueste Zeit meist nicht nach öffentlicher Ausschreibung, sondern unter der Hand verpachtet. So brachte das Universitätsgut Wanger, als es unter der Hand verpachtet war,

mit 18 000 Mk. nach öffentlicher Ausschreibung, aber 32 000 Mk! Es wäre bringen geboten, einmal festzustellen, welche Universitätsalter in den letzten 20 Jahren unter der Hand verpackt worden sind und wie sich die Papierpreise zu den höchsten wie zu den niedrigsten verpackten gestellt haben. Dabei muß man berücksichtigen, daß in dieser Periode allgemein eine starke Steigerung der Güterpreise stattgefunden hat.

Eine weitere Statistik müßte einmal über die Zahl und die Größe der einzelnen Universitätsalter aufgestellt werden, ebenso über das in ihnen findende Gebäudekapital und die über die Baufakten der Universitäten. Ich bin geneigt, anzunehmen, daß dann wenig mehr als eine einprozentige Vergrößerung des Kapitals herauskommen würde, daß bei Kleinfindung daraus geholt werden könnte, ohne die Etablierung zu übersteuern.

Bei unserer unsagbar traurigen Finanzlage hat man nicht das Recht, den Großbürgern solche Geschenke zu machen. Am wenigsten dann, wenn damit eine gesunde Verteilung, die allseitig als unerlässlich angesehen: innere Kolonisation verbunden wird.

Der preussische Kultusminister hat so viel andere wichtige Aufgaben, daß er sich um diese, für sein Ressort nebensächlichen Dinge wohl selbst nicht viel kümmern kann, sie daher dem Exekutiven überläßt. Es geht aber nicht länger an, daß diese Fragen nach dem alten konservativen Schema weiterbehandelt werden. Sie müssen energig durchgegriffen werden und muß den Parteien, welche der Forderung des Tages aktiver oder passiver Widerstand entgegensetzen, das Handwerk gelegt werden. Innere Kolonisation macht man auch mit dem besten Willen nicht, wenn man diese nicht praktisch anwendet. Hier hilft kein Mundspitzen mehr, hier muß gepfliffen werden.

Die Auskunftsspflicht in Steuerfachen.

Der Ausschuss der Nationalversammlung für die Reichsabgabenordnung erledigte am Montag zunächst den § 175 (Befugnis der Finanzbeamten zum Betreten von Grundstücken und Räumen der Steuerpflichtigen). Ein Zentrumsmittglied hatte die Abänderung beantragt, daß das Betreten nur zulässig ist, um im Steuerinteresse an Ort und Stelle nötige Abklärungen innerhalb der üblichen Geschäfts- oder Arbeitsstunden vorzunehmen. Weiter wurde vom Zentrum beantragt, daß der Steuerpflichtige Werdsachen auf Verlangen vorzulegen und Einsicht in die Verhältnisse zu gewähren oder zu verschaffen hat, in denen er sich aufhält. Beide Zentrumsanträge wurden angenommen. § 176, der die Vorschrift enthält, daß bei Finanzamt verhängte Steuern durch Steuerpflichtigen von ihm bestrafte Tatfachen durch Veränderung an einem Eidesstatt erachtet, wurde unverändert angenommen. Die Vereinbarung von Zeugen vor dem Finanzamt im Steuerermittlungsverfahren, insbesondere Vernehmung von Angehörigen. Ebenso wurde angenommen § 181, wonach die Verpflichtung öffentlicher Behörden und Beamten einschließlich der Beamten der Reichsbank, der Staatsbeamten und der Schulbuchverwaltungen zur Weisheitsgegenheit nicht für ihre Auskunftsspflicht gegenüber den Finanzämtern gilt. Nur die Post- und Telegraphenbeamten bleiben ausgenommen. Eine längere Forderung enthielt über das Steuerpflichtigen von ihm bestrafte und Strafbüß, Strafbestimmungen, Postfachämtern und Schulbuchverwaltungen dem Finanzamt ein Verzeichnis ihrer Kunden vorzulegen und regelmäßig monatlich Veränderungen in dem Kundenverzeichnisse anzugeben. Die Weiterberatung dieser Frage wurde verworfen und im übrigen die Vorlage bis zum 20. angenommen.

Die Arbeit der Kommunisten.

Der Spartakusbund hat für Mittwoch in Berlin rund 30 Versammlungen angesetzt, die sich mit dem Thema des „Anschlusses an Moskau“ beschäftigen sollen. Selbstverständlich wird diese anarchoistische Partei bei dieser Versuchung erproben, in welchem Maße die Berliner Massen „aktionsbereit“ sind. Wie sich die Kommunisten die Entwicklung malen, ist aus den unangenehmen Enttäuschungen der letzten Zeit genügend bekannt geworden. Die kommunistische „Rote Fahne“ behauptet jetzt auch unvorsichtig genug, es sei möglich zu begreifen, wenn Spartakus zu politischem Arbeit übergriffe. Ein Kommunist A. B., der die Spartakusische verfallen hat, berichtet über diese Pläne in dem Organ der sozialrevolutionären Gemäßigten Deutschlands, der „Sozialist“, also einem gewiß nicht antikomunistischen Organ: „Die Räte innerhalb der Autokratie werden ein wahres Schreckensregiment führen, sie werden eine Beamtenliste bilden, schlimmer als im privatrechtlichen Staat. Sie werden nie freiwillig abtreten.“ Weiter erzählt er, die Kommunisten hätten in ihren Versammlungen behauptet, in Petersburg hätte die Revolution 30 000 Menschenleben gekostet, und auch in Deutschland wäre es auf ein Paar tausend mehr oder weniger nicht an. Die Parteiführer der Kommunisten würden die Massen kommandieren, zu den Waffen zu eilen, um die Revolution zu machen. Und der ehemalige Kommunist, der tatsächlich aus idealistischen Gründen sich von Spartakus losgelöst, dessen Theorie er anhängt, bemerkt dazu: „Die Führer beschließen und die Massen sollen handeln. Die Führer sind die Antreiber und die Arbeiter sind die Akteure. Der freischillerliche Sozialist aber denkt darüber so: „Ich, als Familienvater, ich, als Vater, lediger Mensch, der die Welt und alles, was Menschenanliegen trägt, lieb oder mindestdens achtet, soll auf Befehl — diesmal auf Befehl von Führern in Zivil — morden? Nein! Weshalb sich Sozialismus durch Gewalt einführen, läßt sich Sozialismus diffizieren? Sollen alle, die noch nicht sozialistisch denken, gemordet werden? Nein! Ich soll auf Befehl vor sogenannten Führern morden, während sie selbst sich im

Sondergange halten, um die wachsenden Versorgungsbedürfnisse zu decken? — In diesen Worten liegt der Gegensatz zwischen der demokratischen Methode des russischen Sozialismus, der verhängt auch die unabhängigen Anfängen, und der deutschen Aufklärung.

Notiz über die Baltikum-Note der Entente.

Die die „Post“ zig. an parlamentarischen Kreisen vertritt, hat sich der Reichswehrminister Note in einer Aufschlüsselung über die mutmaßliche Stellung der Reichsregierung zur neuen Entente-Note bezüglich der sofortigen Räumung der Mandatsstaaten ausführlich geäußert. Die Reichsregierung werde mit allen Mitteln darauf sein, loyal durchzuführen, wodurch sie vertraglich verpflichtet ist. Es sind bereits die stärksten Maßregeln gegen die Umwandlung von deutschen Truppen nach den Mandatsstaaten ergreifen worden. Der Reichsminister hat sich dem Grenzverwehler nicht so durchgehend reslos unterworfen, wie fälschlich in der Nacht auf Schleißweg die Grenze passierten. Aber auch in Bezug auf den Grenzverwehler ist alles Menschensmögliche geleistet worden, den Wünschen der Entente zu entsprechen.

Grav. v. Goltz ist zurückberufen. Die Hauptschwierigkeit besteht jetzt darin, wie man die etwa 3000 Mann, die in das russische Heer eingetreten sind, erfassen könne. Dabei ist die Feststellung der Tatsache nicht unwichtig, daß es sich nicht etwa um 50 000 Mann deutscher Truppen in den Mandatsstaaten handelt, wie in der gegenwärtigen Presse vielfach behauptet worden ist, sondern um eine wesentlich geringere Zahl, die weit unter 20 000 beträgt. Selbst von dieser geringeren Zahl ist bereits zurückgezogen worden, was irgendwie zu erreichen war. Es soll jetzt mit Nachdruck alles Erdenkliche daran gesetzt werden, den letzten Rest deutscher Truppen gemäß den Wünschen der Entente zurückzuführen. Dafür wird die Entscheidung einer gemischten Kommission nach Rurand als bestes Mittel angesehen. Auch in der obersten Instanz ist sich die Entente-Kommission unter Führung des Generalen Dupont, der übrigens übernommen wieder aus Paris in Berlin eintrifft, als Element der Vernehmung erwiesen. Der Vorschlag auf Entsendung einer gemischten Kommission ist von Entente-Seite, besonders von den Amerikanern, lebhaft befürwortet worden.

Ein später aus Riga noch eintreffendes Telegramm besagt: Die Räumung des Baltikums schreitet fort. Ein Jäger-Battalion und eine Eskadron sind nach Deutschland abtransportiert worden.

Unsere Ernährungsfrage im Winter.

Mein Ernährungsfrage macht der Unterstaatssekretär im Wirtschaftsministerium Peter am Dienstag Mitteilungen, denen zu entnehmen ist, daß die Körnerernte gut und wesentlich besser als im Vorjahre, ausgefallen ist. Auch die Menge ist so ausreichend, daß wir ohne Not durch das Wintergeschäft kommen können. Eine

Erklärung der Brotnot.

Die Verlast werden löst, läßt sich indes erst ins Auge fassen, wenn der Weltmarkt unsere Ernte abweist. Die Kartoffelernte ist recht gut im Seem. Im Westen ist sie gut, gegen den Osten hin nimmt sie immer mehr ab. Das Ernährungsamt hofft jedoch, ohne erhebliche Störungen durchzuführen und darüber hinaus sogar für die Wintermonate die Nochnahrung von 7 an 9 Pfund Kartoffeln betriebslos zu können. Das Einfuhrverbot soll noch mehr lockert werden. Auch die Selbstversorgung soll unter behördlicher Kontrolle abgefordert werden.

Bei der Preisverhinderung hat die Aufhebung der Lebensmittelwirtschaft verbietet erwirkt. Heute muß der Landwirt sein Korn für 700 Mark verkaufen, während der Reichsleiter allein für das 111 800 Mark bekommt. Anfolgebessert wird nicht abstellen. Das Ernährungsamt erhofft von dem Erfolg einer neuen Verordnung, wonach der Ertrag des Kellerschaften durch 1. Heiliger und Gemeinde abteilt werden soll, Ernte. Die Gemeinde soll den Ertrag benutzen, um die

Kleinhandelspreise für Mehl herabzusetzen.

Ältere Vertreter der Presse hat auf der Magaziner-Veranstaltung anwesend. Wir haben Kohlen und Braunkohlen genau, um 100 bis 150 Gramm wöchentlich geben zu können. Aber es fehlt an Kohlen. Außerdem sind alle Maßnahmen getroffen, um die Magaziner- und Dehlerarbeiten zu beenden und die Preise zu senken. Bei der Preisverhinderung wird das Reich Vorkaufsrecht treiben. Daneben soll Magaziner auch im freien Handel zu haben sein. Alles in allem — erklärte der Unterstaatssekretär Peters — liegt kein Anlaß zu Optimismus vor. Wir haben zwar noch Schwierigkeiten zu überwinden, vor allem im Westen, was das Einziehen der Zolltarife den ammen Vag unserer Wirtschaft zu erschweren droht, aber es muß gelingen, die Entente davon zu überzeugen, daß sie sich durch ihre Abfertigkeiten gegen unsere Wünsche nur ins eigene Reich schadet. Wir werden antworten können, wenn wir alle zusammenarbeiten.

Nachdem die Vorräte an ausländischem Weizenmehl, die bisher als Roggenmehl verteilt wurden, jetzt völlig erschöpft sind und weitere nennenswerte Mengen für die nächste Zeit nicht zu erwarten sind, soll der versorgungsberechtigten Bevölkerung jetzt

Bereitstellung als Roggenmehl

angeführt werden. Es handelt sich um Roggen-, Gersten- und Weizenmehl. Das Mehl ist beste helle Ware und zu etwa 60 Prozent ausgemahlen.

Reichsnotopfer oder Vermögenssteuer?

Berlin, 30. Sept. Der Reichsausschuss der Nationalversammlung für das Reichsnotopfer beschäftigt sich heute wieder mit dem Vorschlage des Abg. Heintz (Dem.), an Stelle der einmaligen Vermögensabgabe eine jährliche Vermögenssteuer einzuführen. Der Finanzminister meinte, die breiten Volksschichten würden es nicht verstehen, wenn man nicht eine Korrespondenz des Besitzes vor der Einführung indirekter Steuer unternehme. Das Reichsnotopfer steuere keineswegs die Betriebsmittel weg, sondern lege den Betrieb- auf Grund ihres Wertes nur eine Last auf, die in einem Zeitraum von dreißig Jahren abgetragen werden könne. Der Minister betämpfte den Gedankten einer

Wagnislose. Gewissen Bedenken gegen das Reichsnotopfer könnte auch der Minister sich nicht anstellen. — Ein demokratisches Mitglied betonte, daß durch die vorgeschlagene Vermögenssteuer der Besitz ebenso veräußert werden solle, wie durch das Reichsnotopfer. Der Weg der Vermögenssteuer sei voll wirtschaftlich besser. Die Geldvermehrung von Populärgründen für das Reichsnotopfer sei schließlich, denn das Mehl würde es auch werden, daß das auf 30 Jahre verteilte Notopfer nur eine Vermögenssteuer wäre. Durch die Vermögenssteuer werde der Weg zu den Kapitalveräußerungen zu einer Grund-, Gebäude- und Grundbesitzer nicht verheut. Die Zwangsveräußerung der demokratischen Rebr gleichfalls ab. — In der weiteren Aussprache erklärte ein Mitglied der Mehrheitsfraktion, der überwiegende Teil der Partei ließe sich dem Boden des Reichsnotopfers. Nachdem der Finanzminister festgestellt hatte, daß die Mehrheit des Ausschusses auf dem Boden der Vorlage stände, wurde die Beratung auf Mittwoch vertagt.

Die Verhandlungen zur Beilegung des Metallarbeiterstreiks ausfindig.

Berlin, 1. Okt. Die Verhandlungen zur Beilegung des Streiks in der Metallindustrie wurden gestern unter Beteiligung des Oberbürgermeisters Bernuth und des Arbeitsministers Galtz fortgesetzt. Obwohl ein Ergebnis noch nicht erzielt werden konnte, ist es doch schon, wie verschiedene Blätter sagen, bemerkenswert, festzustellen, daß die Arbeitgeber wie die Arbeiter sich bereit erklärt haben, die Verhandlungen heute fortzusetzen.

Das Verhältnis der Tschechoslowaken zu Deutschland.

Brag, 30. Sept. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung sprach der Minister für auswärtige Angelegenheiten, Dr. Bismarck, über die außenpolitischen Verhältnisse der tschechoslowakischen Republik. Bezüglich Deutschlands äußerte er: Neben dem großen Block der Alliierten stelle sich für uns der germanische Block und der russische auf. Die Beziehungen unserer Beziehungen zu den Deutschen, die in dem Friedensvertrag niedergelegt ist, genügt nicht. Die Ansicht der Diplomatie und Politik muß hineinkommen. Eine lokale und korrekte Politik Deutschland gegenüber liegt in unserem Interesse, aber wir dürfen niemals ein Spielzeug in den Händen eines Nachbarn werden.

Kant Brinner, Abvocat Novin“ äußerte Minister Bismarck zu Vertretern der tschechoslowakischen Republik: Mit den Alliierten sind wir moralisch und militärisch verbunden. Den Deutschen stellen wir uns ebenso gegenüber wie die Alliierten. In Paris waren unsere Vertreter nicht gegen den Anschluß Österreichs an Deutschland. Eine Konföderation der Donaustaaten würde die Gefahr einer monarchistischen Reaktion in sich. — Auf Anregung des Ministeriums des Reichens soll in Prag eine tschechoslowakisch-französische Handelskammer die mit der Pariser tschechoslowakisch-französische Handelskammer die Handelsbeziehungen zwischen der tschechoslowakischen Republik und Frankreich ausgestalten soll.

Deutsches Reich.

Die Selbständigkeit Oberösterreichs.

Berlin, 1. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) In den Verhandlungen zwischen den Vertretern Oberösterreichs und der preussischen Landesversammlung ist eine Einigung unter sämtlichen Parteien erzielt worden. Danach soll Oberösterreich die provinzialen Autonomie im Rahmen der weitgehenden Bestimmungen, die in Zukunft für die preussischen Provinzen gelten sollen, erhalten, und zwar möglichst sofort, nicht erst, wie ursprünglich geplant war, vom 1. April ab. Auch der Beitrag beim Oberpräsidenten soll sofort geschaffen werden. Die Vereinbarung zwischen den Parteien ist um so bedeutender, als bisher alle Einigungsversuche zwischen Zentrum und Sozialdemokratie gescheitert waren.

Gefangenen-Schicksale aus britischen Kolonien.

Berlin, 30. Sept. Die Reichsanstalt für Krieges- und Zivilverhältnisse teilt mit: Bei der deutschen Waffenstillstandskommission ist eine neue Note der englischen Waffenstillstandskommission ein, in der erklärt wird, die Heimkehr der deutschen Gefangenen aus Ägypten werde in Kürze beginnen und die Heimkehr der Gefangenen aus anderen britischen Kolonien so in die Wege geleitet.

Der preussische Minister Heine über die Frage Großbürgerins.

Wie der meiningische Staatsrat Hofmann offiziell bekannt gibt, hat sich der preussische Minister des Innern Heine in bezug auf den Anschluß von Thüringischen Staaten an Preußen dahin ausgesprochen, daß ein solcher Anschluß nur in Frage kommen könne, wenn 1) sämtliche Thüringische Staaten den Anschluß vollziehen, daß durch den Zutritt eines einzelnen Staates wie Koburg oder Meiningen die Bevölkerung noch viel größer werden würde. Auch würde durch den Zutritt eines oder mehrerer Einzelstaaten der Einfluß Preußens, trotz der Gebietsvermehrung, keinen Zuwachs erfahren. Der preussische Minister erklärte ausdrücklich, daß er die Schaffung eines Großbürgerins unter Einbeziehung des Stabs- und Landkreises Erfurt für das Zweckmäßigste halte.

Wer wünscht sich mehr Lebenskraft, Tatkraft?

Eine eminente Organismusanreicherung u. Kräftigung durch sofort einsetzende Stoffwechselanregung und Vermehrung gibt Ihnen das Pharmakon. Als gesättigte Raktikproprie wählenden die körpereigentlich, von Mieren und Tieren in größter Gutmachen aneinerlei Wirkung. Ein bekannter Stoffwechselorg. „Das gute Mittel verdient wohl bekannt zu werden.“ Pharmakon dient allen, besonders denen höhere Lage und gelinge Lebensarbeit, unter Vermeidung u. a. vorzüglich. Größtenteils-Behandlung angedeutet hat. Man kann es in verschiedenen Dosen anwenden. Als nicht gelöst, dreist ab Saurestoffgehalt. Vials-Verpackung, Preis M. 3.— Die kleine Verpackung zu Mk. 425, Verpackung (normal mehr) Mk. 16.— Versuch nicht aufgeben!

Leiciferrin-Tabletten für junge Mädchen, schwächliche Frauen mit blassem Aussehen, matten Augen. Preis M. 3.— in Apoth.